Zeitschrift: Sprachspiegel : Zweimonatsschrift
Herausgeber: Schweizerischer Verein für die deutsche Sprache
Band: 22 (1966)
Heft: 4

Artikel: Politische Auswirkungen der Mehrsprachigkeit in der Schweiz
Autor: [s.n.]
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-420874

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

22. Jahrgang
Heft 4
Juli/August
Herausgegeben
vom
Deutschschweizerischen
Sprachverein

Sprach Spiegel

Politische Auswirkungen der Mehrsprachigkeit in der Schweiz

Schafft die Mehrsprachigkeit unseres Landes politische Probleme? Die *Schweizerische Vereinigung für politische Wissenschaft* suchte an ihrer *Jahresversammlung,* die am 26. März in Basel stattfand, auf diese Frage in einem Gespräch am Runden Tisch eine Antwort zu gewinnen. Als Gesprächsleiter amtete *Nationalrat Dr. Alfons Müller*, Luzern, unser Schriftleiter. Wir geben im folgenden den Bericht der „Neuen Zürcher Zeitung" wieder.

Kein gesamtschweizerisches Problem?

Eine glänzende und umfassende Einführung in die schweizerischen Sprachenverhältnisse bot zunächst *Herbert Lüthy,* Professor an der ETH, übrigens auf französisch, was nicht nur Geste eines Vertreters der sprachlichen Mehrheit war, sondern dank der Gewandtheit des Redners im französischen Ausdruck auch für welsches Sprachempfinden ein Genuß sein konnte. Er betonte, daß die Schweiz die Probleme ihrer Mehrsprachigkeit nicht etwa gelöst, sondern vielmehr *zu stellen vermieden habe.* Während die europäische Staatenentwicklung zur Ausbildung sprachlich einheitlich konzipierter Nationalstaaten mit belastenden Minderheitsproblemen geführt habe, sei die Schweiz von jeher *partikularistisch* strukturiert gewesen, und zwar zunächst nicht mit Rücksicht auf verschiedene Sprachen oder Konfessionen, sondern auf Grund politischer Einheiten, die noch lange sämtlich deutschsprachig waren. Die anfänglich in Untertanenstellung gehaltenen nichtdeutschsprachigen Bewohner hätten — allerdings unter auswärtigem Druck — in der Zeit der Französischen Revolution nun ihrerseits in dieser partiku-

laristischen Struktur Platz und ein Recht auf eigenen Partikularismus gefunden. Seither hätten sich zwar die Sprachenprobleme trotzdem gestellt: in den mehrsprachigen Kantonen. Sie seien aber damit nicht schweizerische, sondern *bloß kantonale Probleme* geworden, die von der Schweiz offiziell nicht zur Kenntnis genommen würden; die Bundesverfassung ist ja äußerst karg in sprachlichen Fragen. Lüthy machte geltend, daß in den schweizerischen Verhältnissen die Gemeinsamkeit der politischen Aufgabe stets stärker empfunden worden sei als sprachliche Spannungen. Die Zukunft der mehrsprachigen und föderativen Schweiz hänge allerdings von der Vitalität ihrer gemeinsamen politischen Zivilisation ab.

Für Lüthy ist nicht die Mehrsprachigkeit der Schweiz das eigentliche Problem, sondern die *Gleichsprachigkeit* ihrer Teile mit den großen *Nachbarstaaten.* Dieses Problem trat 1914 im Graben zwischen Deutsch und Welsch zutage; 1939 wurde eine Wiederholung durch das Überwiegen der politisch-ideologischen Fragestellung vermieden. Der Gegensatz zum nationalsozialistischen Deutschland hat in der deutschen Schweiz einen langjährigen helvetischen Isolationismus entstehen lassen. Die Verschiedenartigkeit im politischen Verhalten der deutschen und der romanischen Schweiz, die etwa in den Stellungnahmen zum Frauenstimmrecht, zur Atombewaffnung oder zum Kommunismus zum Ausdruck kommt, bildet nach Lüthy keine Gefahr für den Bestand der Schweiz. Denn das zahlenmäßige Übergewicht der Deutschschweizer werde in seiner Wirkung gemildert durch die Tatsache, daß die deutsche Schweiz selber das Zentrum des Partikularismus sei.

Fragen der Praxis

Nachdem der Direktor des Eidg. Statistischen Amtes, *Anton Meli,* einige Daten über die Sprachenverhältnisse in der Schweiz gegeben hatte, orientierte *Franco Boschetti,* Leiter des italienischsprachigen Sekretariats der Bundeskanzlei, über das Vorgehen und die Schwierigkeiten bei der Herstellung der bundesamtlichen italienischen Texte, die im Unterschied zu den deutschen und französischen nicht schon in den Departementen der Bundesverwaltung, sondern erst hinterher unter Mitwirkung der italienischsprachigen Parlamentarier in der Bundeskanzlei formuliert werden, übrigens eine Arbeit, die gelegentlich zur Beantragung von redaktionellen Korrekturen an den Originaltexten führe. Der tessinische Referent

verband mit dieser Orientierung auch einige Wünsche seines Landesteils, vor allem denjenigen nach einer angemessenen Vertretung der italienischen Sprachgruppen in den obersten Rängen der Bundesbeamten, die den Einfluß der italienischen Schweiz auf die Gesetzgebung in inhaltlicher wie formaler Beziehung zu verstärken vermöchte. Direktor Meli machte demgegenüber freilich geltend, daß es trotz Weisungen des Bundesrates in den meisten Departementen schwierig sei, eine proportionale Vertretung der sprachlichen Minderheiten auf allen Stufen zu erreichen, da die nichtdeutschsprachigen Beamten den Bundesdienst oft frühzeitig wieder verließen.

Der Sekretär der Lia Romantscha, *Giachen Casaulta,* zeichnete sodann das fast verwirrend vielfältige Bild der sprachlichen Verhältnisse in *Graubünden,* deren Komplexität durch die Gespaltenheit des Rätoromanischen in mindestens fünf Idiome noch verstärkt wird, durch die weitgehende Autonomie der Gemeinden aber gesichert erscheint. Da schon an der Entstehung des bündnerischen Staatswesens alle drei Hauptsprachgruppen gleichberechtigt beteiligt waren und da die sprachlichen — wie auch die konfessionellen — Grenzen quer durch die alten Teilbünde hindurchliefen, erwuchsen auch hier aus der Mehrsprachigkeit höchstens Reibungen, nicht wirkliche Kämpfe. Der Vertreter der vierten Landessprache verschwieg nicht die Gefährdung seiner Sprachgruppe infolge *wirtschaftlicher Umschichtungsprozesse,* die namentlich die Bergbewohner ins Unterland abwandern lassen. Er zeigte auch die Schwierigkeiten, die sich für den rätoromanischen Schulunterricht dadurch stellen, daß der Rätoromane nicht nur seine Sprache pflegen kann, sondern für den Kontakt mit der anderssprachigen Umwelt einer möglichst gleichwertigen Ausbildung in der deutschen Mehrheitssprache bedarf, ein Umstand, der im letzten Jahrhundert rätoromanische Gemeinden geradezu zu einer *freiwilligen Germanisierungspolitik* veranlaßte.

Nach diesen mehr die Harmonie des sprachlichen Zusammenlebens betonenden Beiträgen leitete ein Hinweis *Nationalrat Müllers* auf die sprachliche Praxis der eidgenössischen Räte, der namentlich die Schwerfälligkeit der reglementarisch festgelegten zweisprachigen Berichterstattung in der Volkskammer hervorhob, sowie auf die für die Kandidatenauslese nicht immer förderliche sprachliche Rücksichtnahme bei der Wahl des Bundesrates zu den problematischeren Aspekten über. *Roland Ruffieux,* Professor an den Universitäten Lausanne und Freiburg, ging näher auf das

unterschiedliche politische Verhalten der Deutsch- und der Welschschweizer ein, wobei er immerhin betonte, daß das Parteiensystem und die Bildung der Kantonsregierungen keine sprachlichen Eigentümlichkeiten aufwiesen und daß es auch keine Verlängerung sprachpolitischer Gruppen in die Parteien hinein gebe. Jedoch träten in gewissen Sachfragen — Prof. Lüthy hatte die wichtigsten schon genannt — zu beiden Seiten der Saane gegensätzliche Einstellungen auf, was zur Majorisierung der welschen durch die deutsche Schweiz führe. Solche Auseinandersetzungen erzeugten gerade in gemischtsprachigen Kantonen eine erhöhte Spannung.
Nationalrat Müller sprach in bezug auf die sprachliche Situation von *Ressentiments* im Unterschied zu Konflikten. Er stellte fest, daß man in der Ostschweiz die Mehrsprachigkeit des Landes eigentlich gar nicht zur Kenntnis nehme, daß dagegen etwa die Basler den übrigen Deutschschweizern gegenüber die welsche Haltung zu verteidigen pflegten. In heiklere Bereiche stieß er mit der Bemerkung vor, die Welschen verlangten mehr Recht, als sie — etwa in mehrheitlich französischsprachigen Kantonen — zu geben bereit seien, was mit ihrer Pflege eines *lateinischen Superioritätsbewußtseins* zusammenhänge. Der Welsche lerne weniger gern Deutsch als der Deutschschweizer Französisch, und er sei im fremden Sprachgebiet weniger zur Assimilierung bereit als der Alemanne. Die Subventionierung einer französischen Schule durch den Bund in Bern wertete der Redner als Infragestellung der Geschlossenheit der Sprachgebiete, und er signalisierte die *Gefahr eines Bilinguisme,* der Unsicherheit in beiden Sprachen bedeute. Endlich warnte er auch vor der Tendenz zu einer Institutionalisierung der Sprachgruppen in der Schweiz, die 1963 im Nationalrat in einem *Postulat Maspoli* zum Ausdruck gekommen ist.*

Sonderfall Jura

Als wirklicher Konflikt, in welchem das Sprachliche eine Rolle spielt, kam zum Schluß der Tagung noch die *Jurafrage* kurz zur Darstellung. *François Reymond,* Mitarbeiter des Forschungszentrums für Geschichte und Soziologie der schweizerischen Politik an der Universität Bern, erläuterte die sprachlichen Gegebenheiten im Berner Jura sowie einige Aspekte der sprachenrecht-

* Im „Sprachspiegel" hat dazu seinerzeit (1964, Hefte 3 und 4, S. 69 und 97) *Dr. Roberto Bernhard* (Stellung genommen („Völkische Attacke gegen die Schweizer Staatsidee?").

lichen und sprachenpolitischen Verhältnisse im Kanton Bern und verwies auf die Wandlung der separatistischen Doktrin durch den Übergang von einem mehr geschichtlich motivierten zu einem sprachlich-ethnisch definierten Begriff des Juras, womit die partikularistische Konzeption des schweizerischen Staatsgefüges verlassen und ein *System von ethnischen Blöcken* propagiert wird, das den Bestand der Schweiz überhaupt in Frage stellt.
Solche schwerwiegende Aspekte der schweizerischen Mehrsprachigkeit veranlaßten einen *flämisch-belgischen Gast* zur Feststellung gewisser Ähnlichkeiten zwischen den belgischen und den schweizerischen Verhältnissen. Er gab allerdings zu, daß die Schweiz nicht ein Zusammenfallen von sprachlichem und sozialem Gegensatz kenne — in Belgien ist die Oberschicht stark französisiert — und auch nicht eine Massenassimilation, wie sie im ursprünglich flämischen, sich aber zusehends französisierenden Brüssel vor sich geht. In diesem Zusammenhang wäre vielleicht ein Wort über die Frage der *Assimilierung italienischer Arbeitskräfte* fällig gewesen; dieser Aspekt der Sprachenfrage in der Schweiz trat jedoch im ganzen Verlauf der Tagung nur am äußersten Rande auf.

Unser Dialekt — ein Stein des Anstoßes im Welschland

mrs. Genf, 26. Mai. In der „Nouvelle Revue de Lausanne" setzt sich ein Westschweizer, *Raymond Tschumi,* mit den Schwierigkeiten auseinander, welche unser Deutschschweizer Dialekt den welschen Mitbürgern bereitet. Er zitiert den Ausspruch eines seiner Freunde: „Ich hätte Gelegenheit gehabt, in der deutschsprachigen Schweiz zu arbeiten. Doch meine Kinder wären in diesem Fall gezwungen gewesen, den Dialekt zu lernen. Der Übergang vom Französischen zu einem Dialekt bedeutet indessen eine derart tragische Einschränkung der Mitteilungsfähigkeit und der zwischenmenschlichen Kommunikation, daß ich darauf verzichtete."
Tschumi zitiert auch das Beispiel der welschen Beamten in Bern. Ihre Deutschschweizer Kollegen unterhalten sich in einem unver-